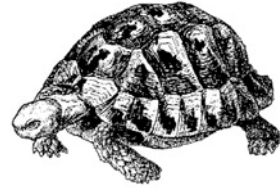


express

Zeitung für sozialistische
Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit



Haupttendenz im echten Leben

Wolfgang Schaumberg* über die Probleme sozialistischer Betriebsarbeit

In: *express*, [Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit](#), 12/2014

Anfang Dezember war Schluss bei Opel in Bochum, das Werk wurde endgültig stillgelegt. Es war über Jahrzehnte auch die Wirkungsstätte einer oppositionellen Betriebsgruppe, die nach 1968 mit dem Ideal »sozialistischer Betriebspolitik« – die sich ja auch der *express* auf seine Fahnen schreibt – angetreten ist. Gründungsmitglied Wolfgang Schaumberg reflektiert anhand historischer Schlaglichter und der Erfahrungen bei Opel die Schwierigkeiten, auf die die revolutionären Absichten in der betrieblichen Wirklichkeit treffen.

Revolution 1918

Sicherlich wurden viele Erfolge erzielt. Um nur einen anzudeuten: Frauen hatten ihr Wahlrecht erkämpft... Doch was konnte damals »sozialistische Betriebsarbeit« sein? In München hingen solche Plakate aus: »Die Bewaffnung der Arbeiter erfolgt in den Betrieben durch die Betriebsräte. In erster Linie werden die Waffenkundigen bewaffnet (...) Die Betriebsräte haben anhand von Listen, welche Namen und Waffennummern enthalten, eine strenge Waffenkontrolle auszuüben. München, den 16. April 1919. Vollzugsrat der Betriebs- und Soldatenräte Münchens.«

Das waren noch Zeiten! Nach der Ausnahmesituation 1919 hatte die Minderheit der KommunistInnen in den Betrieben sicher kaum praktische Erfahrungen, nur einige Ideen einer sozialistischen Gesellschaft zu vermitteln: kein Privateigentum an Produktionsmitteln samt Akkumulations-, Konkurrenz- und Lohnabhängigkeit mehr, geplante bedürfnisorientierte Produktion und Verteilung, durch Räte basisdemokratische Organisation der Gesellschaft und ihrer materiellen Reproduktion, Absterben des Staates... Attraktive Beispiele aus historischen Erfahrungen oder den aktuellen in Russland konnten wohl kaum für eine sozialistische Umgestaltung im damaligen Deutschland Begeisterung wecken. Streit und Spaltungen in der sozialistischen Bewegung trugen dazu bei, dass die Vorstellungen von Massendemokratie und einer anderen Produktionsweise von den meisten Menschen nicht als realistisches Ziel angenommen wurden.

Demokratischer Zentralismus, die Rolle der Partei und der Arbeiterklasse, die notwendigen Schritte zur Entmachtung der Herrschenden und zum Aufbau des Sozialismus auf lokaler wie nationaler Ebene, seine Realisierbarkeit in nur einem Land – lauter umstrittene Probleme, die den Traum von einer anderen Gesellschaft angesichts der realen Machtverhältnisse in weite Ferne rücken ließen... Was blieb für die sozialistische Betriebslinke zu tun, wenn sie nicht nur für ihre Partei werben und formelhaft ihre Sozialismus-Ideen wiederholen wollte? Diskussion ihrer Widersprüche und Unklarheiten, Protest gegen die soziale Situation der Lohnabhängigen, Anprangern der Unternehmermacht und der Regierungspolitik, Organisation von Widerstand gegen die alltägliche Ausbeutung...

1968

»Die Haupttendenz in der heutigen Welt ist Revolution«, konnten wir SDSler locker behaupten, ergriffen von der Bewegung an Unis und Schulen, den wilden Massenstreiks '69 hier wie in Frankreich und Italien, von dem Aufstand in Prag, der Bewegung in Lateinamerika, der Kulturrevolution in China... Sicherlich gab es Erfolge. Auch dazu nur andeutungsweise: Frauen erkämpften beispielsweise, statt »Studentenbewegung« – theoretisch wie praktisch vorantreibender – »Studierendenbewegung« zu sagen...

Als kleine Minderheit innerhalb der gesellschaftlichen Minderheit von KommunistInnen gingen wir in die Betriebe, im Bewusstsein, dass allein von Unis und Schulen eine andere Gesellschaft nicht zu erkämpfen ist. Und schnell hatten wir zu lernen, dass wir zunächst mal viel zu lernen hatten: das Bewusstsein der KollegInnen und Kollegen, ihre Arbeits- wie Familienprobleme, ihre Vorstellungen von einer anderen Politik und von einem besseren Leben – alles weit entfernt von unseren Parolen des Sozialismus samt ihren Unklarheiten und Widersprüchlichkeiten...

Oktober 2004

Der längste wilde Streik in einem deutschen Autowerk, bei GM/Opel in Bochum, erregte öffentliches Interesse im In- und Ausland. Im FAZ-Feuilleton konnte man am 19. Oktober 2004 dazu den Kommentar »Wild tätig« von Andreas Platthaus lesen: »Das konservative Modell des ›rheinischen Kapitalismus‹ beruhte auf Konsens, und die gemeinsame Entscheidungsfindung wurde erleichtert durch die sozialstaatlichen Werte, die in der Bundesrepublik sakrosankt waren. Was aber im Moment in Bochum zur Debatte steht, ist nicht nur die Entlassung von einigen tausend Arbeitnehmern, ist nicht nur eine drohende Betriebsschließung, ist nicht nur die vielbeschworene internationale Solidarität der Arbeiterklasse, die uns heute durch einen europaweiten Aktionstag der Beschäftigten von General Motors vorgeführt werden soll. Was sich im Brennglas Bochum zeigt, ist die Aufkündigung des bundesrepublikanischen Konsenses (...) Die Belegschaft hat (stattdessen) ein Mittel gewählt, das in einem globalisierten Wirtschaftssystem paradox wirken muss: den Einzelstreik. Sie nutzt damit aber das einzige Druckmittel, über das Arbeitnehmer letztlich verfügen: Sie verweigern seit Donnerstag die Annahme der Arbeit.

Und (...) zudem wird bei Beginn jeder Schicht im Opelwerk Bochum, also mit schöner Regelmäßigkeit dreimal am Tag, per Akklamation unter den erschienenen Arbeitern abgestimmt, ob die Arbeit wieder aufgenommen werden soll oder nicht. (...) Es ist im wörtlichen Sinne eine ›Urabstimmung‹, was hier veranstaltet wird, aber eine, die sich verabschiedet hat vom eingespielten Prozedere der Urnengänge, wie sie im Arbeitsrecht für Streiks vorgeschrieben sind. Die Bochumer Aktionen führen zurück zu Versammlungsformen, wie sie die Gewerkschaften im neunzehnten Jahrhundert entwickelten, als sie noch als Feind des Staates galten, und die mit dem Tarifrecht des 20. Jhs überwunden schienen. (...) Den Gewerkschaften wird ihre Machtlosigkeit sogar von den eigenen Mitgliedern vorgeführt. General Motors bekommt die Folgen eines weltweit vernetzten Konzerns zu spüren, wo der Ausfall eines Produktionsteils zur Stilllegung anderer führen kann. Und die Politik erhält ein Misstrauensvotum, weil sie fünfzig Jahre lang vom Konsensmodell gelebt und es gefördert hat.«

Von der Linken wurden solche bedenkenswerten Erfahrungen aus dem Opel-Streik kaum diskutiert. Zu den Ausnahmen gehört der Bochumer Marxist Robert Schlosser. Er arbeitet in seinem Kommentar¹ zunächst die Grenzen eines solchen Kampfes heraus: »Wer gegen die drohende Lohnarbeitslosigkeit kämpft, die Lohnabhängigkeit und die damit verbundenen Produktionsverhältnisse aber akzeptiert, hat die Denkverbote schon im eigenen Kopf (...) Ein gesellschaftlicher Sachzwang, der wie eine Naturnotwendigkeit empfunden wird, setzt sich als Einsicht und Resignation durch und bestimmt letztlich das Handeln der einzelnen. Die allgegenwärtige Lösung des Widerspruchs besteht in einer vorprogrammierten Niederlage.

Einzelne Belegschaften können sicher Zugeständnisse von Seiten des Kapitals ertröten, aber die Niederlage nicht vermeiden.«

Dann aber kommt Schlosser zu dem Fazit: »Es gilt festzuhalten: Ca. eine Woche lang wurde die Ware Opelauto nicht produziert und folglich konnte Opel diese (...) Ware auch nicht (...) in Geld umwandeln. Damit (...) stoppte für eine Woche die Verwertung eines Einzelkapitals, das ökonomische Gesetz der Verwertung von Wert war einen Moment lang und an einem Ort durch die Aktion der Belegschaft außer Kraft gesetzt. Die Menschen verweigerten nicht nur dem abstrakten, ökonomischen Sachzwang ihre Gefolgschaft, sondern auch den Funktionären des Kapitals. Sie folgten nicht dem fremden Kommando über ihre Arbeitskraft. Sie wurden ›vertragsbrüchig‹ und stellten damit auch das Rechtsgefüge der kapitalistischen Warenproduktion in Frage. (...) Solche solidarischen Gemeinschaftsaktionen sind die einzige Möglichkeit, die Vereinzelung der Einzelnen aufzuheben und soziale Fähigkeiten zu erlernen, die benötigt werden, um den Kapitalismus überwinden zu können. (...) Ohne solche Aktionen kann es auch keine gesellschaftliche Perspektive zur Überwindung des Systems der Lohnarbeit geben und damit keine Perspektive zu Überwindung von Mangel, Armut und existentieller Unsicherheit.«

Von nix kommt nix

Im Oktober 2004 hatten wir mit unserer Betriebsgruppe »GoG« (ursprünglich »Gruppe oppositioneller GewerkschafterInnen«, heute »Gegenwehr ohne Grenzen«) inzwischen über 30 Jahre lang »linke Betriebspolitik« gemacht. Bis heute haben wir an der Überzeugung festgehalten, wie sie etwa in der »Charta der Grundsätze des Weltsozialforums«, verabschiedet vom Internationalen Rat des WSF am 10. Juni 2001, formuliert wurde: »Die auf dem WSF vorgeschlagenen Alternativen widersetzen sich einem Prozess der Globalisierung, der von den großen multinationalen Konzernen und den ihren Interessen dienenden internationalen Institutionen, bei Komplizenschaft der nationalen Regierungen, gelenkt wird.« Die WSF-Parole »Eine andere Welt ist möglich« setzt hiernach die Entmachtung der »großen multinationalen Konzerne« voraus. Eine andere Welt ist in der Tat nur vorstellbar ohne »Herrschaft des Kapitals«, das heißt auch ohne die Macht solcher Multis wie Microsoft, Deutsche Bank, Siemens, VW, Toyota, General Motors/Opel usw. Wie ist deren Macht jemals zu brechen? Ein Angriff auf die »Macht der Multis« muss auch von innen heraus entwickelt werden, von den Beschäftigten. Ihr Bewusstsein davon, ihre Produktions- und Lebenserfahrungen anders einsetzen zu wollen und zu können, wäre dabei eine wichtige Voraussetzung.

Ein solcher Kampf verlangt eine harte Auseinandersetzung nicht nur mit den Kapitalvertretern. Wir hatten als GoG immer auch die Auseinandersetzung mit der offiziellen Gewerkschaftspolitik im Betrieb und darüber hinaus zu führen. Die Beschäftigten in den Auto-Multis sind immer noch überdurchschnittlich gut in der Gewerkschaft organisiert. Sie gehören zur Kernklientel, die die Machtbasis für die Politik der Gewerkschaftsführung bildet. Diese aber will keinen Kampf um eine andere Gesellschaft, bis heute typisch dafür die Ausrichtung der so genannten »Zukunftsdebatte« 2001 durch die IG Metall-Führung: »Es geht um die Hauptaufgabe der Gegenwart und die Schlüsselfrage der Zukunft: ›Wie, mit welchen Mitteln und zu welchem Ziel kann und muss der globale Kapitalismus politisch gestaltet und sozial reguliert werden?‹ Im Mittelpunkt stehen nicht gesellschaftliche Visionen und politische Alternativen jenseits des Kapitalismus, sondern realistische Optionen und konkrete Projekte im Kapitalismus, die diesen verändern« (Gewerkschaftliche Monatshefte 2/2001). Mit solcher Hoffnung auf den »reformierten Kapitalismus« ist die offizielle Gewerkschaftspolitik nicht nur nicht gewillt, sondern auch gar nicht in der Lage, eine Debatte über eine nicht auf Verwertung ausgerichtete Produktionsweise zu initiieren. Und das trifft auch auf die große Mehrheit der Betriebsräte nicht nur in den Autofabriken zu, die »vor Ort« die IG Metall repräsentieren. Sie repräsentieren aber auch in widersprüchlicher Weise die große Mehrheit unserer KollegInnen.

Aufklärung

Unser Kampf gegen die herrschende Ideologie, in Hunderten von Betriebszeitungen, Info-Blättern, auf Belegschaftsversammlungen und in tagtäglichen Debatten im Betrieb hatte zu- meist sehr umstrittene Themen zum Inhalt, wie z.B.

- »Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich«, seit dem GoG-Betriebsratsprogramm 1972 ein Dauerbrenner. Immer haben wir dabei die Illusion kritisiert, damit das Problem der Arbeitslosigkeit lösen zu können. Es gilt, Zeit für uns zu erobern. Mit der praktischen Konsequenz der Ablehnung von Mehrarbeit und Sonderschichten haben wir uns bei vielen KollegInnen oft eher unbeliebt gemacht.
- Das Betriebsverfassungsgesetz räumt den Betriebsräten zwar viele Rechte ein, ist aber mit seiner Friedens- und Schweigepflicht gegen die Lohnabhängigen gerichtet. Auch bei unse- rer kritischen Auseinandersetzung mit vielen anderen Gesetzen ging es uns darum, Hoff- nungen in den kapitalistischen Staat infrage zu stellen.
- Lohnerhöhung nutzt uns, schadet aber den Unternehmen. »Kaufkraftherhöhung« kann nicht das Problem kapitalistischer Überproduktion lösen.
- Wer »Managerfehler« als Ursache von Personalabbau anprangert, verschleiert die Tatsache, dass Kostensparen, auch und gerade im Personalbereich, wesentliche Aufgabe von Mana- gern ist und im Konkurrenzkampf um Marktanteile nicht alle Sieger sein können, auch nicht mit »besseren Managern«.
- »Verzicht is für'n Arsch« stand auf unseren T-Shirts, gegen die Illusion, die Unternehmen wären überhaupt in der Lage, uns »sichere Arbeitsplätze« zu garantieren.

Haben wir mit solcher Aufklärungsarbeit für eine andere Gesellschaft, für Sozialismus ge- kämpft? Aus dem Verständnis, dass unsere seit Hunderten von Jahren gewachsene kapitalisti- sche Gesellschaftsordnung kein Naturereignis ist und einfach nicht funktionieren kann, er- wächst noch keine hoffnungsträchtige Idee, wie eine andere Organisation unserer Gesellschaft samt Produktion und Verteilung der gewünschten Produkte denn aussehen könnte. Die herr- schende Ideologie zu zersetzen bleibt allerdings Voraussetzung dafür, dass mehr Leute eine andere Gesellschaftsordnung als zu überlegendes und unabdingbares Ziel erkennen.

Mobilisierung

Aufklärung und Mobilisierung der Belegschaft, beides blieb für unsere Betriebsarbeit zum Erreichen auch nur der kleinsten akzeptablen Kompromisse Daueraufgabe.

- »Unsereiner kann eh nichts ändern«, ist eine faule Ausrede. Dass die Belegschaft mit ihrer Produktionsmacht auch Forderungen durchsetzen kann, wurde nicht nur bei den beiden großen wilden Streiks 2000 und 2004, sondern auch in zahllosen kleineren Aktionen als Erlebnis eigener Würde erfahren.
- Unser offensives Auftreten auf den oft bis acht Stunden langen Belegschaftsversammlun- gen hat viele ermutigt, mit uns die Einführung des Saalmikrofons durchzusetzen und für den Meinungskampf und die Mobilisierung zu nutzen.
- Wir sind mit anderen zusammen dafür eingetreten, dass bei Opel Bochum vor Betriebsvereinbarungen die Belegschaft informiert wurde und abstimmen konnte. Auch wenn unsere Position meistens in der Minderheit blieb, hat sich die Erfahrung verbreitet, dass man über sein eigenes Leben selber mitentscheiden muss und dass das Hoffen auf Interessenvertreter nicht zu akzeptablen Kompromissen führen kann.

Auch wenn wir so zur Selbstermächtigung der Belegschaft beigetragen haben – war das schon ein Schritt in Richtung »Sozialismus«? Aus der alltäglichen Gegenwehr gegen die Unterneh- merangriffe und für Belegschaftsforderungen erwächst auch nicht automatisch die Hoffnung auf die Machbarkeit einer »anderen Welt«. Jedoch in selbständig organisierten Aktionen ha- ben viele KollegInnen wiederholt erlebt, dass ohne sie nichts läuft und die Herrschenden im

Unternehmen wie in den Vertretungsorganen nervös wurden... Mit derartigen Erfahrungen traut man sich eher an das Nachdenken über die eigene Lage als Lohnabhängige und über Alternativen heran sowie über die Möglichkeit, dass der notwendige Machtkampf für eine andere Gesellschaft auch gewonnen werden kann.

Zukunftsdebatte

Mit dem durch seine Geschichte unattraktiven Begriff »Sozialismus« konnten wir keine Zukunftsdebatte eröffnen. Und die schnelle Umschreibung mit »andere Gesellschaft« bleibt ebenso abstrakt. Konkrete Vorstellungen, sicherlich nur in Ansätzen und zu zaghaft, haben wir immer wieder gemeinsam zu entwickeln versucht. Besonders in den von uns seit dem neuen NRW-Bildungsurlaubsgesetz von 1985 jedes Jahr organisierten über 40 Bildungsurlaubswochen mit jeweils rund 20 KollegInnen ging es um Überlegungen einer nichtkapitalistischen Gesellschaftsordnung, wie z.B.:

- Die Unternehmerherrschaft über die Produktion bestimmt auch die Art der Produkte. Zum Beispiel ist das Auto als zentrales Verkehrsmittel durch ein anderes Verkehrssystem sinnvoll ersetzbar.
- Unsere Besuche bei anderen Betrieben wie zuletzt im Juni dieses Jahres bei einem Öko-Bauern, führten ebenso zu grundsätzlichen Alternativdebatten.
- Aus unserer Erfahrung neuer Produktionsmethoden wie der Gruppenarbeit mit regelmäßigen Gruppensitzungen in der Arbeitszeit und Wahl von Gruppensprechern lassen sich auch Ideen entwickeln, wie eine Produktion ohne Unternehmerherrschaft aussehen könnte...
- An Beispielen aus Argentinien waren Erfahrungen und Probleme von Betriebsübernahmen durch die Belegschaften spannend zu diskutieren.
- Unsere zahlreichen Vernetzungsaktivitäten bei Gruppenreisen zu Kolleginnen und Kollegen in ganz Europa und darüber hinaus waren insgesamt wohl eher auf Verteidigung unseres relativ privilegierten Status als Automobilarbeiter ausgerichtet. Praktisch erfahren haben wir dabei aber auch, wie heutzutage globale Produktion planvoll organisiert wird, sich aber überall gegen die Lohnabhängigen auswirkt. Die von den Unternehmern geschürte Standortkonkurrenz entlarvte sich bei unseren Besuchen als gegen uns alle gerichtete Methode zur Spaltung und zur Verschärfung der Ausbeutung. Eine Alternative dazu erfordert internationalen Zusammenschluss.

Unsere Bildungsurlaubserfahrungen wurden immer auch durch unsere Betriebszeitungen, auf Versammlungen wie in den Alltagsgesprächen im Betrieb weitergegeben.

Perspektiven

Wie schwierig es für KollegInnen bleibt, sich für eine nichtkapitalistische Gesellschaft zu engagieren, hat einer unserer Kollegen so beschrieben: »Woran die Linke krankt: Wieweit sind wir innerhalb der Linken kompromissfähig? Inwieweit sind wir im Sinne der gemeinsamen Sache überhaupt soweit, dass wir gemeinsame Ziele im Auge haben? Das gilt es erst einmal zu formulieren und dann die Kräfte darauf zu bündeln. (...) Gewisse Leute, die gewerkschaftspolitisch aktiv sind, arbeiten in bestimmten Strukturen. Aber der wirkliche Knackpunkt kommt ja dann, wenn man diese Strukturen dann den sog. Normalos noch vermitteln muss. Denn man braucht diese Leute, um ein Ziel letztlich durchzusetzen. (...) Wir haben einen Grossteil von Bildzeitungslesern. Wir haben geprägte Fernsehzuschauer (...) Man darf diese Faktoren nicht unterschätzen. Ich will damit auch sagen: Diese Sache des Links-Seins in der Gesellschaft (...) und das Up-to date-Sein in der Gesellschaft, ist etwas, das mit einem unheimlichen Aufwand von Freizeit und Mühe, Lesebereitschaft und dergleichen, begleitet wird. Da sind Kinder, da sind Probleme, wie ich das selber in meinem Haus sehe. Das sind so viele Faktoren. (...) Und diese eigene Energie, dass man glaubt, man kann

jenseits des Systems ein freies Leben entwickeln, und dafür seine ganze Kraft mobilisieren. Dies alles auf einen Nenner zu bringen und dies auch in die Arbeiterklasse reinzubringen, ist meiner Ansicht nach die eigentliche Schwierigkeit. Alles andere, was auf einer höheren Ebene stattfindet, ist etwas, was jahrzehntelang stattfindet in irgendwelchen Theoriezirkeln oder Auseinandersetzungen. Wenn wir die Leute nicht erreichen, können wir alles vergessen... Längerfristig wird es darum gehen, dass genau Leute mit fortschrittlichen Ideen auch in die Sümpfe reingehören, da wo Scheiße geredet wird. (...) Du kannst 1000 Theorien entwickeln und kannst dich drehen und wenden wie du willst, wenn du nicht die, die massenweise und täglich in diese Scheiße eingebunden sind und diese ganze Kacke hier erwirtschaften, wenn du die nicht einbeziehen kannst.«²

Ebenso drastisch formuliert: Wenn wir Linke das kapitalistische Übel an der Wurzel packen und nicht in einem Minderheitentraum von einer anderen Gesellschaft kleben bleiben wollen, dann müssen wir uns der Aufgabe stellen, mehr »normale Leute« für unsere Überlegungen und Aktivitäten zu gewinnen. Rund 1800 wirtschaftsmächtige Industriebetriebe mit über 500 Beschäftigten und insgesamt rund 1,7 Millionen Beschäftigte in Industriebetrieben mit über 1000 Leuten (die Anzahl ist in den letzten Jahren noch gestiegen) gibt es in Deutschland.³ Dort wie in den zahllosen kleineren Belegschaften im Produktions- wie Dienstleistungssektor gibt es tagtäglich Debatten der Beschäftigten untereinander und Auseinandersetzungen mit den »Arbeitgebern«. Überall gibt es KollegInnen, oft auch engagierte Betriebsratsmitglieder und Vertrauensleute, die sich über die Machtlosigkeit der Betriebsräte einerseits, andererseits über deren Selbstüberschätzung sowie deren so oft gelungene Umfunktionalisierung zum verlängerten Arm der Personalleitung ärgern.

Mobilisierung »von außen« ist kaum vorstellbar, Aufklärung schon. Die Leute werden tagtäglich in den Medien, auch und gerade in den Gewerkschaftszeitungen und Betriebsratsinfos, die in den Belegschaften verbreitet werden, mit flacher Kritik an Unternehmern wie Politikern und schiefen Argumenten konfrontiert. Ohne arrogante Besserwisserei können diese entlarvt werden, wenn man sich um eine sachliche und verständliche Sprache bemüht und in unaufdringlicher Form Gegenpositionen verbreitet, sei es an den Toren von Betrieben, Geschäften etc. oder in den Wohnvierteln. Kritisieren müssen wir alle Belehrungsversuche, den Leuten anderes Konsumieren als antikapitalistisches Verhalten beibringen zu wollen. Erst recht zu kritisieren sind die »MüsstikerInnen«, die mit ihren Appellen wie: »die Gewerkschaft müsste jetzt...«, »die Betriebsräte müssten doch...« oder »die Politiker müssten endlich...« die Hoffnungen auf die Stellvertreter lenken. Auch bei den immer noch privilegierten Beschäftigten in den Großbetrieben der starken Kapitalfraktionen herrscht eher Zukunftsangst. Für Forderungen wie »6-Studentag mit vollem Lohnausgleich!« oder »Weg mit Hartz IV« und »Wir zahlen nicht für Eure Krise« – dafür ist noch keine Massenbewegung in Sicht. Die aktuelle krisenhafte Entwicklung wird auch bei der Masse der Lohnabhängigen die grundsätzlichen Debatten über unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem anheizen. »Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum« (§ 2.4 der gültigen IGM-Satzung!) – die meisten Kolleginnen und Kollegen verbinden zurzeit mit derartigen Forderungen nicht nur deswegen keine Hoffnung, weil sie die Macht fest in den Händen des einen Prozents sehen. Zu Recht wird nämlich gefragt: Was käme denn danach auf uns zu? Wer immer von »Enteignung« redet, muss die Aneignung mitdiskutieren. Und dabei kann auch an Erfahrungen sozialistischer Betriebspolitik angeknüpft werden, wenn man sich überhaupt damit beschäftigt.⁴

** Wolfgang Schaumberg arbeitete 30 Jahre lang bei Opel in Bochum, war 25 Jahre Betriebsratsmitglied, ist weiterhin aktiv in der Opel-Arbeitergruppe GoG-Gegenwehr ohne Grenzen und in Vernetzungsprojekten mit Menschen in China, s. <http://www.forumarbeitswelten.de>.*

Anmerkungen:

- 1) Vgl. »6 Tage der Selbstermächtigung. Der Streik bei Opel in Bochum Oktober 2004«, Hg. Jochen Gester / Willi Hajek, 2005, S. 219 ff
- 2) Rainer Jansen, in: »6 Tage der Selbstermächtigung«, a.a.O., S. 95ff.
- 3) Vgl. »Deutschland in Zahlen«, Institut der dt. Wirtschaft Köln, 2014
- 4) Siehe auch Wolfgang Schaumberg: »Eine andere Welt ist vorstellbar? Schritte zur konkreten Vision« www.labournet.de/diskussion/arbeit/prekaer/anderewelt.pdf, auch als Broschüre bei express-afp@online.de als »Ränkeschmiede« Nr.16 erhältlich

express im Netz unter: www.express-afp.info

